

Eine wachsame Zivilgesellschaft für eine wehrhafte Stadt

Das „Würzburger Modell“ einer zivilgesellschaftlich-öffentlichen Zusammenarbeit für Menschenrechte vor Ort

Alles begann mit einem Übergriff in der Würzburger Straßenbahn. Ein Unbekannter schlug einer Mitarbeiterin der Jugendbildungsstätte Unterfranken Anfang 2006 von hinten auf Kopf und Schulter. Tatwerkzeug war ein kompakter Gegenstand - eingewickelt in eine Zeitungsrolle. Tatort: Linie 5 - Stadtteil Grombühl. Gut geplant, kurz vor dem Ausstieg und ohne die Möglichkeit, den Täter direkt zu belangen, machte der sich aus dem Staub. Zurück blieben leichte Verletzungen und viel Wut. Einziges Tatmotiv: das Kopftuch, das die Kollegin trug. Die Schilderung im Kreis der Kolleginnen und Kollegen nach Ankunft an der Arbeitsstätte führte zu großer Empörung. Dem Hinweis auf eine polizeiliche Anzeige gegen Unbekannt begegnete die Kollegin mit Schulterzucken. „Was soll das schon bringen? Ich kenne solche Momente. Die Anzeige wird im Sand verlaufen.“ Und dem war dann auch so. Ermutigt über die Kolleginnen und Kollegen wurde der Täter der Polizei gegenüber so gut als möglich beschrieben, wurde über diese in der regionalen Zeitung mit Bitte um Mithilfe gesucht, wurde ins Ungewisse hinein dem Tatbestand letztlich erfolglos nachgegangen. Dass die Anzeige gestellt wurde war dennoch wichtig: Der Statistik wegen.

Nach dem Übergriff geschah aber noch etwas anderes: Die Jugendbildungsstätte arbeitet seit ihrer Öffnung an und mit Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen. Kaum eine Form von Alltagsdiskriminierung bleibt dabei unentdeckt. Jetzt aber war eine Schwelle überschritten, die nicht mehr nur die strafrechtliche Verfolgung eines Übergriffs nach sich ziehen sollte: Dieser Angriff auf die persönliche Würde eines Menschen war auch die Geburtsstunde des Würzburger Bündnisses für Zivilcourage. Bis heute gilt seit diesem Übergriff im Bündnis ein klarer Grundsatz: Jeder Angriff auf die persönliche Würde eines Menschen aufgrund selbstgewählter vermeintlich trennender Merkmale ist ein Angriff auf alle, die hier in der Region Würzburg friedlich und in guten Absichten miteinander leben möchten. Das Bündnis ist inzwischen ein gemeinnütziger eingetragener Verein mit dem Namen: „Würzburger Bündnis für Demokratie und Zivilcourage e.V.“ Warum der Zusatz „für Demokratie“ bei der Vereinsgründung 2018 aufgenommen wurde, wird später deutlich.

Am Anfang stand die Verletzung der persönlichen Würde einer Frau. Verletzt wurde dabei viel mehr - die feste Überzeugung, dass es Regeln für unser Zusammenleben gibt, die nicht anzufragen sind. Die Idee: Wenn möglichst viele Vereine und Verbände, Einrichtungen und Institutionen sich in einem Bündnis einander ihre Solidarität zusichern, diese Regeln immer wieder in den Mittelpunkt aktueller Ereignisse zu stellen, sich das Versprechen geben, physischen oder psychischen

Diskriminierungsmomente aktiv zu begegnen, wenn das jenseits von politischer oder weltanschaulicher Ordnung und jenseits von aktuellem parteipolitischem Tagesgeschehen geschieht, dann könnte das Auswirkungen auf ein Stadtklima haben. Vielmehr noch, es könnte dazu beitragen, all jenen zu begegnen, die unter einseitigen Vorurteilen und in Missgunst agieren. Ein Bündnis, das sich letztlich auch auf den Weg macht, um den vereinfachenden Populisten unserer Tage und ihren Diskursverschiebungen zivilgesellschaftlich entgegenzutreten; all jenen also, die nicht bereit sind, ihr Handeln an der einfachsten Regel des Zusammenlebens messen zu lassen, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschrieben ist: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Zwölf Jahre nach der Gründung dieses Bündnisses leben wir in demokratiebrüchigen Zeiten. Als selbstverständlich geglaubte freiheitlich-demokratische Errungenschaften werden von rechtspopulistischen Agitator*innen in Frage gestellt. Völkische Gedanken werden selbstverständlich gedacht. Diskurse verschieben sich.

Der Rechtsstaat besitzt Mittel, um sich gegen jede Form von Diskriminierungen zu wehren. Das ist gut so. Es zählt zum grundlegenden politischen Auftrag aller gewählten Mandatsträger die demokratischen Errungenschaften dieser Gesellschaft zu verteidigen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Demokratie stärken. Es ist Auftrag der Gerichte, hier Verfehlungen nachzugehen und der Würde des Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber bei alle dem braucht eine wehrhafte Demokratie immer auch die Mitwirkung und Wachsam ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die rechtsstaatlichen Möglichkeiten können dabei über die Abgabe einer Stimme verändert werden, aber das Kreuz in der Wahlkabine entlastet den Einzelnen und die Einzelne dabei nicht, sich der Grundlage unseres Zusammenlebens immer wieder bewusst zu werden. Im Alltag entscheiden wir alle, ob chauvinistische, rassistische, homophobe oder behindertenfeindliche Sprüche oder gar Übergriffe sich zunehmenden Raum erobern oder entschiedene Begegnung erfahren. Ein verletzender Kommentar an der Kasse des Supermarktes braucht die Erwiderung. Die verschlossene Tür in Diskotheken einer Gruppe von Menschen gegenüber, die nichts einander gemeinsam haben, außer Schwarze Deutsche zu sein muss zum Protest führen. Verächtliche Blicke auf Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, frauenfeindlichen Sprüche auf dem Männerklo, verbale Angriffe auf kopftuchtragende Frauen - es gibt so viele alltägliche Diskriminierungsmomente, die nach unmittelbarer Mitmenschlichkeit schreien. Wo hier einzelne couragiert eingreifen, kann sich vieles verändern. Von hier aus ist der Schritt nicht mehr weit zu zivilgesellschaftlichen Bündnissen, die den Blick auf die Würde des Menschen schärfen und einander Solidarität zusichern. Denn hinter alltäglichen Diskriminierungen stecken nicht selten hartnäckige Strukturen, festgefahrene Denkmuster oder gesellschaftlich eingespielte Praxen.

Bündnis und Ombudsrat

Das Würzburger Bündnis für Demokratie und Zivilcourage stellt sich dieser Aufgabe, den Blick für alltägliche Verwerfungen zu schärfen. Bald schon nach Gründung war klar, dass es dabei immer zwei Ebenen gibt, auf der Achtsamkeit erforderlich ist: Im Hinblick auf allgemein-gesellschaftliche Entwicklungen und im Hinblick auf persönliche und unmittelbare Diskriminierungserfahrungen. Um Letzteren nachgehen zu können bedarf es Antidiskriminierungsstrukturen verstanden als kommunale Aufgabe und mit verbindlichen Handlungsmöglichkeiten. Dass die Stadt Würzburg in einem längeren Dialog mit dem Würzburger Bündnis für Demokratie und Zivilcourage sich dabei für die Einrichtung eines Ombudsrates entschieden hat, darf als großer Erfolg gewertet werden. Seit dem Stadtratsbeschluss am 23.09.2010 setzt sich der Ombudsrat mit einzelnen Diskriminierungsfällen auseinander, bearbeitet sie im verschriftlichten Fallmanagement und steht als Anwalt hinter jenen, die ihn aufsuchen oder um Unterstützung bitten. Die Besonderheit dieser Antidiskriminierungsstruktur: Der Ombudsrat ist ganz stark verbunden mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die den Blick für die verschiedensten Diskriminierungsmomente aus ihrem je eigenen Selbstverständnis mitbringen: Er setzt sich zusammen aus den gewählten Sprecherinnen und Sprechern des Bündnisses, das mittlerweile von über 80 dieser Organisationen getragen wird. Das Mandat im Namen der Stadt zu agieren erhalten die einzelnen Mitglieder dabei über die Stadt selbst.

In diesem Zusammenspiel zivilgesellschaftlicher Kräfte, über deren Vertreterinnen und Vertreter ausgestattet mit einem städtischen Mandat stecken Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit gleichermaßen.

Auf diese Weise ist der Ombudsrat über die Jahr zu einem Stachel im Fleisch geworden, den sich die Stadt Würzburg leistet, weil es ihr ernst ist um die Würde des Menschen im Alltag, auch dann, wenn es z.B. um diskriminierende Strukturen in der eigenen Behörde geht.

Es ist die Stärke eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses, aus der heraus eine formale kommunal autorisierte und angebundene Antidiskriminierungsarbeit geleistet wird.

Das „Würzburger Modell“ und die Prinzipien der „neuen Autorität“

In der Übersetzung in konkrete Handlungsschritte hat der Ombudsrat bemerkenswerte Parallelen zur Arbeit von Haim Omer, Professor für Klinische Psychologie an der Universität Tel Aviv, entwickelt. Omer stellt seine „neue Autorität“ in den Kontext von familialen Beziehungen in der Erziehungs- und Beratungsarbeit.

Sein Verständnis von Autorität grenzt sich radikal von Phantasien der Über- und Unterordnung, von Siegern und Besiegten ab und baut vielmehr auf Menschenwürde und die Ächtung jeglicher Form von Beschämung und Diskriminierung. Der Ombudsrat wendet seine Handlungsprinzipien auf die Ausgestaltung von zivilgesellschaftlichen Beziehungen und Strukturen an. Omer und Ombudsrat stehen in der Tradition der gewaltfreien antirassistischen Menschenrechtsarbeit von Gandhi. Omer wendet zentrale Theoreme Gandhis auf das komplizierte Verhältnis von Freiheit und Regel innerhalb von Familien an und nimmt besonders in den letzten Jahren die Bedeutung der Einbindung von Familien in größere Gemeinschaften in den Blick. Der Ombudsrat überschreitet den vorpolitischen Raum und arbeitet an der demokratischen Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Lebenswirklichkeit von Zivilgesellschaften und Kommunen. Auch hier steht das Narrativ der gelungenen diskriminierungsfreieren Vermittlung von Regel und Freiheit in Mittelpunkt.

In Anlehnung an Omer können die Handlungsprinzipien des Ombudsrates als „Präsenz“ einerseits und „gestufte Aufmerksamkeit“ andererseits beschrieben werden.

Die „offene Aufmerksamkeit“ bedeutet für das kommunale Zusammenleben „wir sind da“, „mit uns darf gerechnet werden“. Die Möglichkeit der Würzburger Bürgerinnen und Bürger den Ombudsrat verbunden mit einem qualifizierten Beschwerdemanagement anrufen zu können, wirkt bereits für sich.

Bei der fokussierten Aufmerksamkeit als Folge konkret empfundener und an dem Ombudsrat herangetragener Diskriminierung geht es im ersten Schritt nicht um die Frage, ob eine Diskriminierung berechtigt als diskriminierend empfunden wird oder nicht. Empfindungen sind immer subjektiv und bedürfen erst einmal keiner Bewertung sondern der Empathie. Als nächster Schritt folgen Beratung und Mediation zwischen den Beteiligten, soweit dies möglich und zielführend scheint. Der Ombudsrat zieht sich zurück wenn Gerichte tätig werden. Nachhaltig schwierige Fragestellungen oder ganz offensichtlich beabsichtigte Diskriminierungen, die derzeit die Grundüberzeugungen von Demokratie in Frage stellen, legt der Ombudrat in die Hände des Bündnisses für Demokratie und Toleranz zurück. Das gilt auch wenn diskriminierende Haltungen und Verhaltensweisen im zivilen Raum nachhaltig zementiert scheinen oder wenn die Balance von öffentlicher Regel und persönlicher Freiheit aus dem Lot zu geraten droht.

Die aktive Zuwendung erfolgt z. B. durch die Zuführung einer immer wieder auftretenden Fragestellung in den öffentlichen Diskurs im Rahmen von Aktionen, Ausstellungen, Trainings, Workshops. Es hat sich bewährt nicht auf aufgeheizte Situationen unmittelbar zu reagieren, sondern Unterbrechungen auf den Weg zu bringen. In einem genügend großen zeitlichen Abstand und nach eingehender Beratung kann in Krisensituationen den dahinterliegenden Fragestellungen

wirkungsvoll nachgegangen werden, Haim Omer würde zuspitzen und das „Eisen schmieden, wenn es kalt ist“. Ein besonderes Format sind die „Freitagsgespräche“. Wenn der Ombudsrat eine gewisse Häufung und Verdichtung von Anfragen und Beschwerden Würzburger Bürgerinnen und Bürger zu einem Themenbereich erkennen kann, lädt er jeweils wichtige Akteure zum Gespräch, um gemeinsam über die Weiterentwicklung der kommunalen Kultur durchaus auch achtsamen Streitkultur zu beraten.

Das „Würzburger Modell“ und seine Narrative von einem „neuen Wir“

Am Anfang des Würzburger Bündnisses für Zivilcourage stand der Bericht einer jungen Frau, die ihre Diskriminierungserfahrung mit Kolleginnen und Kollegen geteilt hat. Dieser Moment und die Reaktion des Umfeldes sind für das Bündnis zu einer Art „Gründungserzählung“ geworden. Zu jeder Veranstaltung, bei der die Arbeit des Bündnisses und des Ombudsrates vorgestellt wird, gehört diese Erzählung dazu. Aus der konkreten Geschichte eines Menschen leitet sich das Selbstverständnis von Bündnis und Ombudsrat ab: „Wenn Du eine Diskriminierungserfahrung in unserer Stadt machst, dann ist das nicht nur dein Problem, mit dem du irgendwie zurechtkommen musst. Deine Erfahrung geht uns alle an, weil wir gemeinsam in einer Gesellschaft leben wollen, in der Menschen in ihrer Würde respektiert werden.“ Allein die Wiederholung der Gründungserzählung erzeugt schon so etwas wie ein „neues Wir“. Dieses „Wir“ grenzt sich nicht ab von „den anderen“, sondern verbindet Menschen in ihrer Verschiedenheit in Solidarität.

Konkret bedeutet dies: Wenn ein Mensch aufgrund seiner Behinderung eine Diskriminierungserfahrung macht, kann er sich im „Würzburger Bündnis für Demokratie und Zivilcourage e.V.“ der Solidarität des Schwulen- und Lesbenzentrums genauso sicher sein wie der Jüdischen Gemeinde. Wird einem jungen Mann offensichtlich wegen seiner Herkunft der Zugang zu einer Diskothek oder einem Club verwehrt, dann betrifft dies aus der Sicht des Bündnisses genauso den katholischen Jugendverband oder die Bahnhofsmission, die dem Bündnis angehören.

Diese Gründungserzählung betrifft aber auch die Zusammenarbeit im Sprecherinnen- und Sprecherrat des Bündnisses oder im Ombudsrat. Grundsatz dieser Zusammenarbeit ist die Kollegialität. Die „Kraft von den Seiten“ ist das innere Handlungsprinzip, in dem sich die einzelnen Mitglieder des jeweiligen Gremiums in ihrem Handeln verankert wissen. Dies verhindert eine Vereinzelung und auch die Überforderung im Engagement.

Gerade in einer gesellschaftlichen Situation, in der zunehmend spaltende Narrative die Stimmung und auch die konkrete Politik bestimmen, bietet das „Würzburger

Modell“ eine wirkliche Alternative an: Mit der Gründungserzählung und anderen konkreten Beispielen ermutigt es Menschen dazu, mit ihrer konkreten Geschichte aus der Vereinzelung hervorzutreten, sich Kraft von den Seiten zu holen und sich verbunden zu wissen. Während die Unterscheidung von „Wir“ und „die anderen“ Menschen als Einzelne in der Gesellschaft bewusst isoliert oder durch Gruppenzuweisungen markiert, stellt das „Würzburger Modell“ in seinem Handeln wie in seinen starken Narrativen die alten Markierungen mit ihren impliziten Abwertungen aktiv in Frage und realisiert bereits durch seine Erzählungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem „neuen Wir“.

Stefan Lutz-Simon

Harald Ebert

Burkhard Hose